

Der Aufstand gegen die Kohle

Im Norden wächst der Protest gegen neue Kraftwerke. Die Ballung der Anlagen ruft immer mehr Bürger auf den Plan.



Großansicht 

Aktivisten der Umweltschutzorganisation Greenpeace halten am Dienstag vor dem Grand Elysee in Hamburg ein Modell des Steinkohlekraftwerks Moorburg über einen gelben Abfallcontainer. CDU und GAL sind bei ihren Koalitionsverhandlungen in die vorletzte Gesprächsrunde gestartet.

Der romantische alte Hafen lockt Segler an, Besucher sind fasziniert von der schmuck restaurierten Altstadt – dennoch ist Stade nicht gerade als Touristenzentrum bekannt. Die Stadt an der Elbe versteht sich selbst vor allem als Industriestadt. Mit dem Alu- und dem Kernkraftwerk hatten sich die meisten Bewohner arrangiert, doch seit beide Anlagen stillliegen wächst der Ärger.

Die neuen Investoren, die die Industrieflächen nutzen wollen, sind nicht willkommen. Gleich drei Unternehmen – die Stromkonzerne e.on, Electrabel und das Chemieunternehmen Dow – wollen in Stade Kohlekraftwerke errichten. „Diese Ballung ist nicht hinnehmbar“, sagt Jochen Witt von der „Bürgerinitiative für eine umweltfreundliche Industrie“ in Stade Bützfleth.

Ähnliche Probleme wie Stade haben derzeit Wilhelmshaven, Emden und Dörpen im Emsland in Niedersachsen. In Hamburg ist der Bau eines Kohlekraftwerks in Moorburg derzeit ein Knackpunkt in den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und Grünen. Norddeutschland mit seinen großen Flüssen und Häfen ist attraktiv für die Energieversorger, die in den kommenden Jahren viele alte Anlagen stilllegen müssen. Über die Nordsee und die breiten Flüsse kann Importkohle günstig herbeigeschafft werden, auch Kühlwasser ist reichlich vorhanden. Bundesweit sind derzeit 27 Neuanlagen in Bau oder Planung – und fast überall gibt es erbitterten Streit um die Projekte.

In Wilhelmshaven, geplagt von hoher Arbeitslosigkeit, war neue Industrie auch bei den Bürgern immer hoch willkommen. Doch seit die Baupläne von e.on und Electrabel bekannt sind, geht ein Riss durch die Stadt. Zwei neue Kraftwerke sollen gebaut werden – die Option auf zwei weitere besteht. Oberbürgermeister Stefan Menzel (SPD) schwärmt von mindestens 200 neuen Arbeitsplätzen und hohen Gewerbesteuerereinnahmen. „Wir müssen darauf achten, dass der Klimaschutz nicht zur Religion und das Kohlendioxid nicht zum Belzebub wird“, sagt er – und betont, der Stadtrat habe sich für die Kraftwerke entschieden.

Nachbargemeinden wie Wangerland, die vom Tourismus leben, sind empört. „Wir leben von der guten Luft“, sagt Gitta Heitmann, stellvertretende Bürgermeisterin von Wangerland. „Wer aus dem Ruhrgebiet hierher reist, will nicht auch noch an der Küste rauchende Schloten sehen“, sagt Heitmann. Auch auf den Ostfriesischen Inseln hagelt es Protest. In den Augen der Bürgermeister der sieben Inselgemeinden ist es widersinnig, im Jade-Ems-Gebiet Kohlekraftwerke zuzulassen: „Die Inseln sind Reinluftgebiet, hier gibt es zahlreiche Kurkliniken“, sagt die Bürgermeisterin von Borkum, Kristin Mahlitz. Die Inseln lägen mitten im Nationalpark Wattenmeer. „Wenn hier zusätzlich zu den vielen Industrieanlagen in Wilhelmshaven, Emden, Delfzijl und Eemshaven noch etliche Kohlekraftwerke gebaut werden, wandern die Urlauber an die Ostsee ab“, befürchtet Mahlitz.

Die Kohle ist zwar ein billiger Energieträger, aber auch ein schmutziger. In Wilhelmshaven warnt eine Ärzteinitiative eindringlich vor Feinstaubbelastung und zunehmenden Atemwegserkrankungen. Die Bürgerinitiative „Zeche Rüsterei Groden“ ist allerdings mit einer Bürgerbefragung zu den Kraftwerksplänen gescheitert. Statt der erforderlichen 5000 Unterschriften, sind nur etwas mehr als 3000 zusammengekommen. Denn bei Weitem nicht alle Wilhelmshavener sind Gegner der Kraftwerkspläne. Befürworter beschimpfen die Gegner als Arbeitsplatzvernichter. Die Hafenwirtschaft rechnet mit

florierenden Geschäften. „Die Kohleimporte werden zunehmen, davon profitieren viele Firmen“, sagt ein Sprecher der Hafenwirtschaftsvereinigung.

Der Streit um das Für und Wider entzweit alle Standortgemeinden. Stades Oberbürgermeister Andreas Rieckhof von der SPD freut sich über Milliardeninvestitionen, die Industrie- und Handelskammer sieht die Versorgungssicherheit ohne den Bau neuer Kohlekraftwerke gefährdet. Allerdings müssten die Anlagen mit modernster Technologie ausgerüstet werden. Der Ortsbürgermeister von Stade-Bützfleth, Wolfgang Rust (CDU), hat im Prinzip nichts gegen die Kohleverstromung. „Aber drei Kraftwerke in vier Kilometern Abstand sind zu viel“, sagt Rust. Wegen seiner kritischen Haltung wird er aus der eigenen Partei angefeindet.

Wie Rust hält die örtliche Bürgerinitiative (BI) einzig das von der Chemiefirma Dow geplante Kraftwerk für angemessen, dessen Strom und Wärme in der Produktion genutzt werden könnten. BI-Sprecher Witt, der in Bützfleth einen Obsthof betreibt, fürchtet um seine Existenz, falls tatsächlich zwei oder drei Schloten in seiner Nachbarschaft in den Himmel ragen werden. Das größte Problem ist in seinen Augen der Feinstaub. „Der Staub enthält Quecksilber und Cadmium und kann Asthma und Krebs auslösen“, erklärt Witt. „Selbst Discounter wie Lidl und Aldi fordern, dass die Schadstoffwerte weit unter den gesetzlichen Grenzwerten liegen. Daher werden wir hier künftig auf unserem Obst sitzen bleiben“, befürchtet Witt. Auch auf der schleswig-holsteinischen Elbseite in der landschaftlich reizvollen Elbmarsch ist die Angst vor einem Kraftwerks-Wildwuchs groß.

Von Margit Kautenburger